

ABBAU DER ZWEIKLASSENMEDIZIN

Verbesserungen für gesetzlich Versicherte vereinbart

SPD-LANDESVERBAND – Text **EDGAR FRANKE, MDB**

Der rote Faden sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist der verbesserte Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung. Alle Menschen

müssen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Lebensalter, Wohnort und Versicherungsstatus, einen Anspruch auf bestmögliche medizinische Versorgung haben.

Deshalb wollen wir mit einer Bürgerversicherung die Zweiklassenmedizin abschaffen: Alle sollen die bestmögliche Versorgung erhalten.



Gerade Kassenpatienten fühlen sich durch volle Wartezimmer und lange Wartezeiten bei Facharztterminen benachteiligt.

Gerade im Vergleich zwischen Stadt und Land haben wir in der ambulanten Versorgung eine Zweiklassenmedizin, die zu einer Überversorgung in vielen städtischen Bereichen und zu einer Unterversorgung in strukturschwachen, ländlichen Gegenden führt.

Der Grund dafür ist, dass ein Arzt in einer reichen Gegend, in der er zum Beispiel mehr als 20 Prozent Privatpatienten behandelt, damit fast 50 Prozent des Umsatzes erzielt, weil er bei diesem Kreis höhere Beträge abrechnen kann.

In strukturschwachen, ländlichen Regionen wohnen viele ältere, gesetzlich versicherte Patienten, die mehrmals im Quartal einen Arzt aufsuchen, weil sie zum Teil mehrere Erkrankungen haben. Das führt dazu, dass im Odenwald oder in großen Teilen Nordhessens Hausärzte trotz mehr Arbeit wesentlich weniger verdienen als diejenigen in Ballungsräumen mit vielen Privatpatienten.

Die ungleichen Honorare führen dazu, dass sich die Qualität der medizinischen Versorgung in Hessen unterschiedlich entwickelt und es zu langen Wartezeiten bei Kassenpatienten – gerade bei Fachärzten – kommen kann.

Wir haben zwar gegenüber dem Koalitionspartner durchgesetzt, dass die Landärzte mehr Geld für gesetzlich Versicherte bekommen, die Sprechstundenzeiten für Kassenpatienten von 20 auf 25 Stunden ausgeweitet werden und gesetzlich Versicherte durch Terminservicestellen einen Anspruch auf einen Facharzttermin innerhalb von 4 Wochen haben. Gleichwohl müssen wir aber auch dafür sorgen, dass es in ländlichen Regionen keine medizinisch unterversorgten Gebiete gibt.

Die Kassenärztliche Vereinigung, die für die Sicherstellung der ärzt-

FAKTEN

SOFORTPROGRAMM FÜR GESETZLICH VERSICHERTE

Das steht zur besseren Versorgung für gesetzlich Versicherte im Koalitionsvertrag der Großen Koalition:

„Wir werden in einem Sofortprogramm die Leistungen und den Zugang zur Versorgung für gesetzlich Versicherte verbessern. Dazu werden die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen unter einer bundesweit einheitlichen, einprägsamen Telefonnummer von 8 bis 18 Uhr erreichbar sein und auch haus- und kinderärztliche Termine vermitteln.“

Das Mindestsprechstundenangebot der Vertragsärzte für die Versorgung von gesetzlich versicherten Patienten wird von 20 auf 25 Stunden erhöht. Ärztinnen und Ärzte, die in wirtschaftlich schwachen und unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren, werden über regionale Zuschläge besonders unterstützt. Dazu werden die hausärztliche Versorgung und die ‚sprechende Medizin‘ besser vergütet. Dies beinhaltet auch die koordinierenden Leistungen, inklusive der Terminvermittlung zum Facharzt.“

Den ganzen Koalitionsvertrag gibt es hier: www.spd.de

lichen Versorgung zuständig ist, muss die vom Gesetzgeber zur Verfügung gestellten Instrumente, wie die Ansiedlungsprämien und eine bessere Finanzierung der Landärzte, auch tatsächlich umsetzen.

Bei der Versorgung in den Krankenhäusern dagegen werden die Leistungen unabhängig vom Versichertenstatus gleich vergütet. Aber auch hier ist die Verbesserung der Versorgungsqualität unser Anliegen. Deshalb werden wir auch Personaluntergrenzen bei allen bettenführenden Abteilungen einführen, die nicht unterschritten werden dürfen. Die SPD will aber auch die kleineren hessischen Krankenhäuser der unverzichtbaren Grund- und Regelversorgung auf dem Land zukünftig mit Sicherstellungszuschlägen unterstützen.

Wir werden den Reformstau in der Pflege angehen. Dabei bleibt die Altenpflege die größte Herausforderung. Auch deshalb wer-

den wir eine bessere Bezahlung durch eine Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und mehr Personal pro Patient durchsetzen, um Pflegebedürftigen ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten.



Der Gesundheitsexperte Prof. Dr. Edgar Franke ist seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Der gebürtige Nordhesse ist seit 1996 Professor an der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung in Bad Hersfeld.